

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts Riesa, des Amtsgerichts Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Samstaagsamts Riesa bestimmt.

Verlagsort
Dresden 1800,
Verlag:
Riesa Nr. 22.

Nr. 249.

Montag, 24. Oktober 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag, abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis: 10 Pfennig. Abonnement: für einen Monat 3 Mark 15 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Ausbleibens von Produktionsstörungen, Schließungen der Druckerei und Materialmangel behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachlieferung vor. Anzeigen: für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewerbe- oder Geschäftsanzeige an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 10 Cent-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Cent-Pfennige. Einmalige Anzeigen sind tabellarisch 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezahlt wird oder der Auftraggeber in Riesa wohnt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlägige Unterhaltungsbeiträge: „Weghänger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Beförderungsanstalten — hat der Eigentümer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths-Str. 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Titzsch, Riesa.

Konjunktur für Schiffenmacher.

Fünf Tage Reichstag haben genügt, um eine Konjunktur für Schiffenmacher zu schaffen, wie sie gefürchteter kaum gedacht werden kann. Es gibt niemanden im Lager der Regierungskoalition, der leugnen könnte, daß in der Tat starke Spannungen bestanden. Man muß sogar zugeben, daß die Reden, die während dieser fünf Tage von den Ministerkabinetten der geduldet wurden, nichts weniger als geschickt waren. Das gilt besonders für den Finanzminister, der in seiner Begründung des Beschlusses-Reformgesetzes am 18. Oktober konfessionelle Angaben darüber hätte machen können, wie er sich im nächsten Etatsjahr die Deckung der durch das Dispositionsüberschneidung, das Schulgesetz und die Beschlüsse der Reichsregierung für Reich, Länder und Gemeinden denkt. Daß die finanzielle Seite dieser Vorlagen nicht einfach mit dem Hinweis auf eine voraussichtlich stärkere Entwicklung der deutschen Wirtschaft abgetan werden kann, beweist die Kritik, die in der gesamten Presse von der Linken bis zur Rechten an der Finanzpolitik des Ministers geübt wird. Sogar der Reparationsagent hat es für notwendig befunden, sich einzumischen, obwohl ihm die innerdeutsche Gesetzgebung so lange überhaupt nichts angeht, als der deutsche Staat in Ordnung ist. Sollte der Reichsfinanzminister sich nicht mit dem unklaren Wechsel auf die Zukunft begnügen, so wäre aus dieser Demütigung, die begrifflich in der amerikanischen und französischen Presse Sensation gemacht hat, und als willkommene Agitationsmittel gegen die deutsche Finanzpolitik benutzt wird, erwartet zu werden.

Trotz allem wäre es lächerlich, den Prophezen glauben zu schenken, die bereits von einer neuen Regierungskrise und gar von einer Reichstags-Auflösung sprechen. So groß auch im Augenblick die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition sein mögen, so hat die Untergrund-Tätigkeit des Reichstages doch gezeigt, daß überall der sachliche Wille zum Ausgleich vorhanden ist. Kennzeichnend dafür ist die Erklärung, die die Bayerische Volkspartei zur Beschlusnahme abgegeben hat. Darin war nichts von einem Abfall der Partei, nichts von einer Forderung nach Veränderung des Finanzgesetzes und nichts von einem Druck auf die Reichsregierung zu hören. Jetzt haben die Ausschüsse des Reichstages das Wort. Glücklicherweise hat dort die sachliche Arbeit mehr Geltendmachung als die agitatorische Propaganda, die im Reichstagsplenum jede objektive Verhandlung unmöglich macht. Alle Voraussetzungen für schnelle Arbeit sind gegeben: die Führer der Regierungsparteien bleiben in Berlin, sie nehmen selbst an den Ausschussberatungen teil und, was in der gegenwärtigen Lage von besonderem Vorteil ist, sie werden in den vierwöchentlichen Parlamentstagen in engem Kontakt mit der Regierung bleiben, sobald man also allen Grund hat, in diesem Jahre die traditionelle Weihnachtstriebe für unwahrscheinlich zu halten.

Besprechungen des Reichsfinanzministers mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen.

11 Berlin. In den verschiedenen Presseberichten über einen angeblichen Schritt des Generalagenten für Reparationszahlungen aus Anlaß der zur Zeit dem Reichstag unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfahren wir folgendes: Im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem gepflegten Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirtschaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen auf den Dawesplan hat der Generalagent dem Reichsfinanzminister eine Vorlesung seiner Auffassung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland überreicht. Diese Vorlesung liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zu Grunde, die bereits begonnen haben.

Ausschussberatungen über soziale Angelegenheiten.

11 Berlin. Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten nahm am Sonnabend vormittag seine Sitzungen wieder auf. Er befaßt seinen Arbeitsplan. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Sozialwahlen wurde die nächste Arbeitssitzung erst am Montag, den 14. November vormittags anberaumt. Zunächst sollen auf Wunsch des Reichsarbeitsministeriums die von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Bestimmungen zur Durchführung der Unfallversicherung und über die Abfindung von Unfallrenten sowie die Denkschrift über die Unfallversicherung usw. dieser Internationalen Arbeitskonferenz für das Plenum vorgelesen werden. Damit verbunden werden soll die Beratung der entsprechenden Fraktionsanträge. Hieran sollen die Fragen der Kleinrenten, des Koalitionsrechts und der Betriebsräte (dieses im Zusammenhang mit dem letzten Berichtsentwürfen über einzelne Betriebsräte) besprochen werden.

Ausscheidende Generale.

11 Berlin. Mit dem 1. November scheiden aus dem Generalstab aus: Der General der Artillerie Weidner, Inspektor der Artillerie; Generalleutnant Ritter von Gaus, Chef des Bureaus im Reichswehrministerium; Generalleutnant Wetzel vom Stab des Gruppenkommandos I.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Braunkohlenbergbau.

Halle. (Funknachricht.) Nach Mitteilung der Zentralleitung ist die Arbeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau heute früh überall wieder aufgenommen worden. Der Vereinbarung, sämtliche Leute wieder einzustellen, ist nicht durchweg nachgekommen worden. Zwischen der Bergarbeiterpartei sind jedoch Verhandlungen im Gange, um diese Unklarheiten — es handelt sich um einige Fälle im Saale- und Sächsischen Revier — zu beseitigen.

Liebenwerda. (Funknachricht.) Die gestrigen Streikversammlungen haben sich trotz bester kommunistischer Gegenpropaganda mit überwältigender Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. In den meisten Betrieben ist die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden, zum Teil geschieht es heute nachmittag.

Der Schiedspruch für verbindlich erklärt.

11 Berlin. Der zur Beilegung der Kohlenstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 21. Oktober gefällte Schiedspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsminister entsprochen worden.

Die Funktionärversammlung der Bergarbeiter hatte demnach nach mehr als zweitägiger Beratung den Schiedspruch nicht mehr als verbindlich erklärt angenommen. Die Ablehnung der Delegationenversammlung über den Schiedspruch ergab bei Stimmzählung mit 36 Stimmen gegen die Annahme. Das Ergebnis wurde dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt. Die Konferenz war geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Gulemann, das Referat hielt Schmidt (Wormau).

In den Beschlusfassungen ist es den Kommunisten gelungen, eine Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks zu finden. Die Werte haben im allgemeinen den 26. Oktober für die Wiederaufnahme der Arbeit angenommen, da zahlreiche auswärtige Arbeiter bei Streikbeginn in ihre Heimat zurückgekehrt waren und nicht rechtzeitig von der Beendigung des Streiks unterrichtet werden können. Im Sächsischen Revier haben sich die Gruben Deutsche Grube, Auguste, Theodor, Hermine, Louise und Marie nahezu einstimmig für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden. Weiter nachmittags wurden bereits die ersten Vorarbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Gruben besprochen. Auch die Belegschaftsversammlung der Grube Leopold beschloß nach kurzem Ausspruch die Wiederaufnahme der Arbeit. Die für die großen chemischen Betriebe und Film-

fabriken im Sächsischen Revier wichtigen Gruben in Wolfen haben ebenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Im Sächsischen Revier, wo man mit starken kommunistischen Widerständen rechnet, ist es den Gewerkschaftsführern überall gelungen, in den Belegschaftsversammlungen Mehrheiten für die Arbeitswiederaufnahme zustande zu bringen.

Die Lohnverhandlungen infolge des Schiedspruches betragen 11,5 u. S. auf die bisherigen Löhne, so daß die festen Lohnsätze im Kerngebiet auf 5,50 Mark für die Schicht, in den Randgebieten auf etwa 4,70 Mark für die Schicht kommen. Die Mehrzahl der Arbeiter, die im Akkordlohn steht, wird statt 6,54 M. künftig etwa 7,16 M. für einen neun-einhalbständigen Arbeitstag erhalten. Während die festen Lohnsätze sich sofort erhöhen, wirkt sich bei den Akkordlöhnen die Aufbesserung erst in vier Wochen aus. Die jährlichen Kosten für die Lohnverhandlungen werden einschließlich der sich daraus ergebenden höheren sozialen Kosten nach amtlicher Schätzung 16 bis 18 Millionen Mark betragen.

Eine Entschließung der Funktionärkonferenz in Halle.

Halle, 23. Oktober. Die Bergarbeiterdelegiertenversammlung, die einen überaus kurzweiligen Verlauf genommen hat, nahm am Schluß folgende Entschließung fast einstimmig an: Die Erhöhung der Löhne um 11,54 Prozent bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Wenn sie auch in Anbetracht der niedrigen Löhne der mitteldeutschen Braunkohlenwerke keine volle Befriedigung auslöst, so spricht sich die Konferenz dennoch unter Berücksichtigung aller Umstände für die Annahme des Schiedspruches aus und beauftragt die Organisationsleitung, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Die Konferenz würdigt die aufopfernde Tätigkeit aller Funktionäre während des Kampfes und spricht ihnen dafür ihren Dank aus. Sie erwartet, daß die Kameraden überall für die Wiederaufnahme der Arbeit eintreten, wie sie für die Wiederlegung der Arbeit eingetreten sind.

Erste Forderung auf Kohlenpreiserhöhung.

11 Berlin. Das mitteldeutsche Braunkohlen Syndikat und das sächsische Braunkohlen Syndikat haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichslohnenverbandes und des großen Ausschusses des Reichslohnenrates mit der Tagesordnung „Korrektur der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

Rede Dr. Stresemanns

vor dem Verein deutscher Eisenhüttenleute.

11 Berlin. Im Rahmen seiner Berliner Tagung gab der Verein deutscher Eisenhüttenleute gestern nachmittag im Rammorloose des Hof an Essen, bei dem außer den Teilnehmern der Tagung zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anwesend waren. Man sah u. a. den Reichsminister Dr. Stresemann, Reichsminister Dr. Brügel, den Chef der Marineleitung Admiral Jenker, zahlreiche Abgeordnete der Parlamente, Vertreter der Wirtschaft und besunderer Wirtschaftskreise.

Im Namen des Vorstandes begrüßte Generaldirektor Dr. Höpfer die Gäste. Wir kennen, sagte Dr. Höpfer, keinen bayerischen, preussischen, württembergischen oder badischen, sondern nur einen deutschen Stahl. Offenheit wird dieses Beispiel vorbildlich auf anderen Gebieten. Wir sind, die Technik ist die Seele im Menschen, der muß einmal mitarbeiten, wenn ein Schiff vom Stapel läuft oder eine neue Maschine in Betrieb gesetzt wird, der muß die Freude sehen, die darin liegt, daß man das Werk in seinem Schicksal miterlebt. Dr. Höpfer allierte ein in diesen Tagen erscheinendes Buch, in dem zahlreiche auch sozialistische Arbeiter lebendige Zeugnisse der Arbeitstrennung abgeben. Wenn die Eisenhüttenleute von dieser Tagung zu ihrer Arbeit zurückkehren, müsse es umso mehr ihre Aufgabe sein, die Freude ihrer Kameraden und Mitarbeiter an der Arbeit zu erhöhen.

Dr. Höpfer schloß seine Begrüßungsworte mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland.

Reichsanwalter Dr. Stresemann

betonte auf die Rede Dr. Höpfers eingehend, daß er die Bemerkungen vernehme, welche die Industrie so vielfach beklagt, daß aber in dem Verhältnis zwischen Industrie und Reichsregierung von der Industrie auch auf die Schwierigkeiten Rücksicht genommen werden solle, unter denen heute die Politik geführt werde. Es sei eine vollkommen richtige Auffassung, daß die Welt die Beziehungen zwischen Staat und Krieg und Nachkriegszeit ergeben haben. Die Philosophie der Arbeitstrennung, zu der sich Dr. Höpfer bekannt habe, sei notwendig, um das auf engen Raum an Zahl größere Volk zu ernähren und vorwärts zu bringen. Umso erfreulicher sei es, daß Dr. Höpfer heute Berichte bekannt gegeben habe von sozialistisch-gewerkschaftlichen Arbeitern, die in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit

ebenfalls dieser Idee, daß die Arbeit von ihnen nicht als Last, sondern als Lebensinhalt empfunden wird, Ausdruck gegeben haben. Es sei ein theoretischer Streit, ob die Wirtschaft erst die Politik oder die Politik die Wirtschaft bestimmt. Jedenfalls seien beide auf einander angewiesen. Drei Kraftquellen händen der Außenpolitik jedes Landes zur Verfügung, einmal die materielle Macht einer Armee, weiter die ideale Einheitsfront eines Volkes und drittens die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu einander, das Interesse der anderen an der steigenden Kaufkraft eines 60-Millionen-Volkes. Die materielle Kraft der Armee behält Deutschland nicht mehr, die Einheitsfront kann auch heute sich zwar bei großen nationalen Gelegenheiten, wie bei den Volksabstimmungen, in anerkannter Weise gezeigt, trete aber sonst gegenüber dem individualistischen Egoismus des deutschen Volkes in der Politik oft zurück. So müsse für die Großmachtfunktion des deutschen Volkes vor allem seine Stellung in den wirtschaftlichen Beziehungen anderer Länder. Was hier angeht, die verlorenen Rohstoffquellen unter erschwerten Bedingungen geliefert worden sei, ergebe den unbeeinträchtigten Lebenswille des deutschen Volkes. Dem Zusammenwirken von Reich und Wirtschaft galt der Trinkspruch des Ministers.

Am Schluß gedachte Oberbürgermeister Dr. Behr, Dankend mit herzlichen Worten der engen Beziehungen, die keine Stadt von jeher mit dem Verein deutscher Eisenhüttenleute verbunden haben.

Beilegung des Ministerpräsidenten a. D. v. Knilling.

11 München. Unter außerordentlich großer Beteiligung von Leidtragenden aus allen Gesellschaftskreisen erfolgte Sonnabend nachmittag auf dem Hofriedhof die Beerdigung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling. Außer den Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung nahmen daran auch der preussische Gesandte Dr. Dent, der württembergische Gesandte Freiherr Moser v. Filsch, sowie der österreichische und ungarische Generalkonsul, der Landtagspräsident und viele Mitglieder des Landtages teil. In einer Reihe von Reden wurde der hervorragenden Eigenschaft des Verstorbenen gedacht. Ministerpräsident Dr. Held erinnerte an die Verdienste, die sich der Verstorbene um das bayerische und deutsche Volk und Vaterland erworben habe. Unter den zahlreichen Kranzspendern befand sich auch eine solche des Reichsanwalter und des Reichsregierers.